

# Volkstimme

## Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Braunschstr. 17  
Telephon: 6802. Erscheinende täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Rea.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertagen in Halle a. S., Connabents mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlags-Expedition: Halle Gr. Mühlstr. 27  
Telephon: 5407. Verlagsdruckerei: Halle Gr. Mühlstr. 27

Preis: 5 Pf. Durch den Postweg monatlich 60 Pf. Durch den Postweg in Deutschland 60 Pf. Durch den Postweg in den übrigen Ländern 75 Pf. Halle, Donnerstag, den 10. März 1921. 5. Jahrgang, Ausgabe morgens 9 Uhr.

### Weiterer Vormarsch im Industriegebiet.

#### 30 Prozent Wertabgabe auf deutsche Waren beschlossen — 60 Millionen-Auftrag rückgängig gemacht.

**Hamborn, 10. März.** Die Stadt Hamborn und der Kohlenhofen der August Höffenhütte Swelgern wurden von Belgiern besetzt und der Belagerungszustand erklärt. Es verlautet, heute wolle man auch Oberhausen besetzen.

**Hamborn, 10. März.** Die Verhandlungen über die Besetzung Hamborns und des Kohlenhofens der August Höffenhütte Swelgern sind zutreffend. Es sind 200 Mann belgischer Kavalleriekompanien und eine Eskadron belgischer Kavallerie eingedrückt. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. Der Belagerungszustand wurde jedoch erklärt. Die Schutzpolizei wurde bisher nicht entlassen. Man erwartet für morgen den Einmarsch größerer Truppenmassen. Es geht das Gerücht, daß man die Ansicht habe, auch Oberhausen zu besetzen. In Duisburg liegen 7 Kompanien Franzosen und 5 Kompanien Belgier sowie eine Fliegerstaffel.

**Düsseldorf, 10. März.** Die Belagungsbehörde in Düsseldorf erließ eine Verordnung, wonach der Aufenthalt auf den Straßen von 10 Uhr abends bis 4 Uhr früh verboten ist. Die Straßenschilder sollen im Uhrzeigersinn um 9 Uhr ihren Betrieb einstellen. Auf Befehl des Oberkommandierenden Generals Deputte muß die grüne Polizei in Düsseldorf auf 600 Mann verringert werden. Die Auswahl der Beamten, die hier bleiben dürfen, liegt in den Händen der Belagungsbehörde.

**Köln, 9. März.** Infolge der kommenden Einrichtung einer neuen Zollgrenze ist in einem großen Teil des besetzten Gebietes ein Industrieauftrag in Höhe von 60 Mill. Mark rückgängig gemacht worden, ein Post, wie er sich ähnlich an wiederholt gutgehen wird.

#### Schwarzwaren über den Rhein.

**Birmansien, 10. März.** In der Birmansien Schuhindustrie hat aus Anlaß der Antinabingung der Zollgrenze eine Hochstil des Schuhverlons eingeleitet. Während der letzten Tage wurden bei den Birmansien Postämtern rund 6 bis 7000 Kostproben nach rechtsrheinischen Bestimmungsorten ausgesendet. Gestern liegt die Zahl auf über 8000. Der Warenverkehr mit der Eisenbahn, mit Lokomotoren usw. in der Richtung nach der Westpforte und der Saargrenze ist bedeutend gehähen.

#### Heute Kabinettsitzung.

**Berlin, 10. März.** Die Kabinettsitzung wurde auf Wunsch Dr. Simons auf heute vormittag verschoben.

#### Die Londoner Konferenz ohne Deutschland.

**London, 10. März.** In der gestrigen kurzen Konferenz nahm man den Grundged der Anwendung der Strafmaßnahmen für alle Verhältnisse Deutschlands gegen den Verfallvertrag an, jedoch es sich um die Entwertung, die Auslieferung der Kriegsschuldigen u. dergleichen Verpflichtungen handelt.

**London, 10. März.** Der Entwurf über die Durchführung der 30prozentigen Verkaufsverwertungsabgabe ist fertiggestellt.

**London, 9. März.** Der Gesetzentwurf über die 50prozentige Wertabgabe auf deutsche Einfuhrwaren wird nach Osten ausgelegt werden.

**London, 9. März.** (Privattelegramm.) Die Geschäftswelt nimmt die wirtschaftlichen Sanktionen sehr ernst und sieht trübe Folgen voraus. Schon macht sich eine Bewegung der Zurückziehung von Guthaben aus England bemerkbar, die Rechtschaffen nicht mehr zu erfüllen scheinen.

**London, 9. März.** Die Führer der interalliierten Abmachungen werden im Belien ihrer Sachverständigen heute mittig in Downing Street eine Sitzung abhalten, die der notwendigen Festlegung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gedenkt sein dürfte. In erster Linie liegt die Erhebung einer Abgabe auf alle deutschen Waren, die nach den alliierten Ländern eingeführt werden, durch diese Länder selbst. Lord George wird unverzüglich ein dahingehendes Gesetz einbringen. Ebenso wird Briand sofort nach seiner Rückkehr dem französischen Parlament eine ähnliche Vorlage unterbreiten.

#### Reiche Kaden in England und Frankreich.

**London, 10. März.** Die „Union of Democratic Control“ begünstigt in einer Erklärung die Anwendung von Strafmaßnahmen gegen Deutschland als einen verhängnisvollen Schritt gegen die Wiederherstellung Europas und fordert: 1. daß die Politik Englands nicht von der französischen Regierung diktiert werde, 2. daß die gefasste Reparationsfrage unter einer selbständigen Kommission der Reparationskommission oder einem Ausschuß, der vom Völkerbund ernannt werden soll, oder andersfalls Amerika zur schiedsgerichtlichen Entscheidung unterbreitet werden solle, 3. daß diese Politik verfolgt werden dürfe, die verantwortliche und letzte Regierungen in Deutschland und Mittelländern un-

möglich mache. Die Erklärung ist u. a. unterzeichnet von Trevelyan, Ramsay, Macdonald, Konson, Mr. Snowden.

**Paris, 10. März.** Der Gewerkschaftsleiter Dumontin schreibt im „Devoir“: Man sagt uns, daß sei der Krieg. Verzweiflung, das ist der Anfang des Krieges. Er beginnt mit der Besetzung von Duisburg, Düsseldorf und anderer rheinischer Städte. Das Geld der französischen Steuerzahler wird vergeudet, denn ein ruiniertes Land muß eine Armee auf Kriegszug ernähren und unterhalten. Ich bäume mich im voraus dagegen auf. Ich rufe die Witwen, die Mütter, die Waisen, die Kriegsverletzten und alle die auf, die gestritten haben. Wir werden nicht mehr marschieren. Es ist die Zeit gekommen, das laut hinaus zu schreien.

**Paris, 10. März.** In der „Humanität“ wird eine in der Sitzung des Parteivorstandes der kommunistischen Partei gefasste Resolution veröffentlicht. Hiernach soll in der „Humanität“ in der Kammer und in öffentlichen Versammlungen eine energiegelbe Propaganda zum Vortritt gegen die Kriegsgefahr entfaltet und ein Komitee aus der Parteierneuerung der Gewerkschaften und den revolutionären Organisationen gebildet werden. Außerdem ist beschlossen worden, in kürzester Frist eine internationale Konferenz einzuberufen, um ein gemeinsames Vorgehen des französischen, deutschen, englischen und italienischen Proletariats herbeizuführen.

#### Das alte Lied.

Als Simons abreiste, fühlten sich die Monarchisten und die jubelnden Bolschewiken, eine unfröhliche Demonstration zu veranstalten. Jetzt, wo er resultatlos zurückkommt, wird es ebenso gemacht. Aus Oberkeit, wo der Zug das erste Mal im unbesetzten Gebiet hielt und ebenso bei dem Eintreffen in Berlin wurden hümische Demonstrationen gemacht, die dem Minister bereitet worden sind. Wir fragen uns wofür? Daß er die Pariser Forderungen nicht unterschreibt, war seine Pflicht, die ihm vom ganzen Volke aufgetragen war. Dafür braucht er nicht gefeiert zu werden. Aber auch die gerade nicht hervorragende Geschäftlichkeit, mit der er den deutschen Gegenwärtigen vertrat, verdienen nicht im geringsten eine ähnliche Kundgebung. So ist denn die einzige Folge und schließlich auch der Zweck der Sache der, die Spannung zwischen Deutschland und der Ent. nie zu steigern, wieder nur zum Schaden des ganzen Volkes, das immer wieder neue Repressalien zu erwarten hat.

#### Am die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland.

**Paris, 9. März.** Vertinag teilt mit, einige Worte, die Lloyd George in der Montagssitzung des Obersten Rates sprach, lassen darauf schließen, daß die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen nur ausgeführt werden sollten, wenn die militärischen Maßnahmen erschöpft und ihr Ergebnis unbefriedigend gefunden worden sei. Dessen Standpunkt könne die französische Regierung nicht annehmen. Sie wolle heute die sofortige Ausführung der im Artikel 270 des Friedensvertrages festgelegten Bestimmungen verlangen. Sie würde die sofortige Ausrichtung der Zolllinie an der Grenze der Brückenköpfe verlangen und außerdem die Erhebung von Zöllen an der französisch-deutschen, der holländisch-deutschen und der belgisch-deutschen Grenze. Weiter müsse die Konferenz heute über die 50prozentige Abgabe vom Verkaufspreis der deutschen Waren beraten. Vertinag fügt hinzu, daß Belgien sich in dieser Frage passiv verhalte, ebenso Japan. Graf Gerga habe die Feindseligkeit des italienischen Parlaments gegen diese Abgabe betont. Vertinag glaubt nicht, daß diese Maßnahmen von Dauer sein können, da durch sie der deutsch-französische Handel nach Amerika und nach den neutralen europäischen Ländern hingetrieben werden würde.

#### Attentat auf den spanischen Ministerpräsidenten.

**Madrid, 9. März.** Ministerpräsident Dato lehnte im Kraftwagen vom Senat nach seiner Wohnung zurück. Drei Unbekannte, vermutlich Gewerkschaftler, wußte ihn mit Motorwägen gefolgt waren, holten seinen Kraftwagen in der Nähe der Cerrano-Straße ein und gaben auf den Ministerpräsidenten 27 Revolverkugeln ab. Der Chauffeur des Ministerpräsidenten fuhr mit größter Schnelligkeit nach der nächsten Unfallstation ab, wo die Wägte nur noch den Tod des Ministerpräsidenten feststellen konnten. Er hatte zahlreiche Wunden erhalten, darunter drei tödliche. Eine Kugel war zwischen die Rippen gedrungen, eine andere in den Unterleib. Die Angewiesenen hatten die Angeln an ihrer Spitze abgehackt, um sie in die Dumdumgeschosse umzuwandeln. Mehrere Minister begaben sich eileiliglich nach der Unfallstation. Der Minister des Innern ließ den König benachrichtigen. Die Angewiesenen sind entkommen. Bisher fehlt jede Spur von ihnen.

### Wirtschaftliche Seite.

Von Edwin Barth.

Rußland liegt im Abgrund, Ost reichlich steht ungefähr auf der gleichen Höhe. Deutschland läßt sich am Rande des Abgrundes und Frankreich steht ebenfalls nur noch mit einem Beine auf festem Boden. Alle anderen alten und neuen Staaten des europäischen Festlandes, soweit sie am Kriege beteiligt waren, sind ebenfalls mehr oder minder fest in den Krallen des Feindes. In Rußland macht man sich schon lange keine Budgetfragen mehr; man druckt Papier ohne auf Tausend-Tausend. Polen vermag nur etwa 10 Prozent seiner Staatsausgaben aufzubringen. In Rußland deckt nicht mehr als die Hälfte seiner Staatsausgaben durch eigene Einnahmen, Frankreich ist in einer der gleichen Situation. Der ganze Schatz der neuen Staaten steht ebenfalls das Wasser am Hals. Die Notens-Produktion arbeitet mit sich selber fort und vergrößert den Papierump, in dem alles zu erlösen droht.

Der amerikanische Dollar ist das stärkste Geld der Erde. An ihm gemessen gilt heute ungefähr:

Land	Währung	Wertigkeit (in Mark)	Notenwert (in Mark)	Umsatz (in Mark)
Deutschland	Mark	5 158,0	186 100,0	3702
Frankreich	Franc	708,0	7 882,0	1016
England	Pfund St.	33 637,0	219 388,0	452
Italien	Lira	15 291,0	78 107,0	411
Belgien	Franc	4 626,6	19 591,5	323

Man müßte hier eine umfangreiche statistische Arbeit aufmachen, um genau darzustellen, wie der Wert des Geldes sich in den verschiedenen Ländern verhält. Ich will nur am das Tempo feststellen, in welchem diese Länder an den über in den Gruben des Bankrotts schlittert sind. Die Staatsgüter sind in allen Ländern der Erde, mit Ausnahme von Argentinien, geschmolzen. Wir wollen hier ein paar der wichtigsten europäischen Länder mit ihrer Schuldenlast vor und nach dem Kriege aufzählen:

Land	Währung	Schuldenlast (in Milliarden Mark)	Schuldenlast (in Milliarden Mark)
Deutschland	Mark	5 158,0	186 100,0
Frankreich	Franc	708,0	7 882,0
England	Pfund St.	33 637,0	219 388,0
Italien	Lira	15 291,0	78 107,0
Belgien	Franc	4 626,6	19 591,5

Deutschland marschiert, was die Steigerung der Schulden anlangt, an der Spitze. Aber auch hinsichtlich der Totalgröße der Schuld dürfte Deutschland inzwischen an die erste Stelle gerückt sein. Denn Ende 1920 betrug Deutschlands Schuldenslast bereits mehr als 255 1/2 Milliarden Mark. Deutschland ist auch darum besonders schlimm daran, weil es im Ausland keinerlei Guthaben mehr besitzt. Die französischen Schulden betragen vor dem Kriege bereits sehr hoch; ihnen standen jedoch die großen Kapitalsummen gegenüber, die Frankreich in anderen Ländern als Darlehen liegen hatte. Seit dem Zusammenbruch Rußlands ist einer der Hauptschuldner Frankreichs verschwunden. Neben diesem Verlust drückt auf Frankreich, der Umstand, daß es in beträchtlichem Umfang auswärtige Schulden gemacht hat. England hat im Laufe des Jahres 1920 keine Schulden um etliche Millionen Pfund vermindert können. Österreich und Rußland fehlen in dieser Statistik weil beide Staaten nicht irgendwie mit früheren Verfehlungen verglichen werden können.

Wohin wir blicken, grinst die Pleite. Jeder hofft auf ein Wunder. Das Wunder, in die eigene Kraft, um wieder in geordnete Verhältnisse zu kommen, steht auf Nullpunkt. eigentl. findet man nur in Deutschland, daß das Volk gläubig und Vertrauen hat, aus eigener Tätigkeit den latenten Weltzustand zu überwinden und die eigene Notlage wieder in gute Ordnung zu bringen. Das England dabei ist nur, daß alle anderen, statt Vertrauen in ihre eigenen Kräfte zu legen und rettenden Tatwilen zu erzeugen, ihre Hoffnungen ebenfalls auf Deutschland setzen. Sie wahren die arme Deutschland so trübselig, daß sie gegen Europa allein wieder auf ihre Land bringen. Diese Hoffnung ist Verblendung. Sie muß zur Katastrophe führen. Denn sie läßt den Schatzensukkulen.

Wer in der Pleite sitzt, wird natürlicherweise alle Anstrengungen machen, um wieder herauszukommen. Denn es handelt sich um die Existenz, um Geld der Welt. Man als dann, wenn man nur in Deutschland, daß ein Gegenstand reicher Anteil alle Schulden und noch mehr bezahlen wird, der muß in seiner Minorität gelassen werden und der muß rettunglos verdrängen, wenn die erwartete Millionentöne, ausbleibt. So wird es Frankreich und noch anderen gehen, die sich jetzt darauf verlassen, daß Deutschland alle ihre Schulden und einen Teil, um osondren bezahlen wird. Wir, die wir selber pleite sind, die wir heute über 50 Mrd. Mark Schulden haben, als vor dem Kriege, die wir pro Kopf der Bevölkerung 4500 Mark Schulden zu tragen haben — wir sollen auch noch den Hauptteil der Schulden anderer Staaten Europas bezahlen. Und das ist unmöglich, daß man ganz einfach glaubt, wir wären dazu fähig.

In Europa ist der Geist der Produktion, der Spar-



gemacht, überreichte und unerschütterliche Anforderungen des Reichstages abzuheben. Ich spreche der Beamtenschaft der beiden Gebiete meinen Dank für die schwere und wertvolle Arbeit aus, in der sie bis dahin nicht beschliffen hat.

Das Haus verlegt hat auf Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung. Schluß 7 Uhr.

### Der Haß der Steuerhelfer an der Arbeit.

Im Steuerausfluß des Reichstages blieben es am Dienstag die Regierungsparteien im Verein mit der äußersten Rechten für lang, ohne die Aussicht auf die durch die neuen Ereignisse gelagerten außen- und innenpolitischen Lage Beschlässe zu fassen, die nicht einmal unter völlig isolierten Verhältnissen geschehen könnten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Regierungsparteien, die Erfüllung der Steuerertragsgewinne und der einmaligen Spekulationsgewinne durch die Einkommensteuer zu freiden, fand die begehrte Zustimmung des Abgeordneten Helfferich und wurde namentlich von dem Volksparteier Beder gegen den scharfen Widerstand der Genossen Keil und Simon-Schwaben, sowie des Unabhängigen Dr. Herz mit großem Eifer verteidigt. Die Vertreter der Reichsinnenverwaltung, die im vorigen Jahr die jetzt angelegten Bestimmungen in das Gesetz hineintrugen, fanden sich mit der Streichung ab; ihr Wunsch, wenigstens doch die einmaligen Spekulationsgewinne der Besteuerung zu unterwerfen, fand bei den Regierungsparteien keine Beachtung. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen!

Nach toller war der Antrag der Regierungsparteien, gewisse außerordentliche Einnahmen, darunter solche aus außerordentlichen Abgaben, ohne Rücksicht auf ihre Höhe nur mit 10 Prozent, wenn es sich um Abgaben infolge „höherer Gewalt“ handelt, sogar nur mit 5 Prozent zu veranlagern. Alle noch so gewichtigen Einwände der Genossen Gruber, Keil und des Unabhängigen Herz prallten ab an der festen Ansicht der auch hier von Helfferich unterstützten Regierungsparteien, gerade den leistungsfähigen Steuerpflichtigen — und das sind heute die Wohlhabenden — wünschenswerte Vergünstigungen zu gewähren. Auch dieser Antrag wurde gegen die sozialistischen Stimmen angenommen. Nach diesen Zeitungen wogten es die bürgerlichen Parteien nicht, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen, der sämtliche Kriegsschuldbeiträge bis zum Betrage von 8000 Mark freistellen will. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Die Steuerfreiheit für Beiträge zu politischen Zwecken wurde gegen die Stimmen der Rechten aufgehoben, für Beiträge zu wissenschaftlichen, künstlerischen, literarischen, gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken bleibt sie bestehen, somit die Beiträge 5 Prozent des Einkommens nicht übersteigen.

Ein Antrag Herz (U. S.), wonach aus Anlaß dieser Steuerfreiheit seine Senkung des Steuerzins für das verbleibende steuerpflichtige Einkommen eintreten sollte, wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die Bestimmungen über das Veranlagungsjahr fanden im wesentlichen nach der Regierungsvorlage Annahme.

Der Steuerausfluß des Reichstages setzte am Mittwoch die Beratung der Konzepte zum Einkommensteuergesetz und der Anträge hierzu fort. Die Beratung des auf die Lohnsteuer bezüglichen Teils der Konzepte und der Anträge der Parteien hierzu kamen noch nicht zur Beratung. Die Beratung bezog sich vielmehr neuerdings um das Veranlagungsverfahren und die Veränderung der Abgaben an Gebäuden und Maschinen, sowie um die Fragen der Rücklagen und der Anrechnung der Verbandsabgaben und Abschreibungen. — Schließlich wurde mit 13 gegen 9 Stimmen der Antrag der Regierungsparteien zu § 13 in einer Fassung angenommen, die alle Wünsche der Steuerhelfer Kapitals vollständig befriedigt und den Einkommensbesitzern Tür und Tor öffnet. — Weiterberatung Donnerstag.

### Fraktionsrat und Regierungsfrage.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags trat am Dienstag-Abend um 7 Uhr ihrer ersten Fraktionsversammlung zusammen. Die Sitzung wurde von dem Vorsitzenden in der Hand übernommen, eröffnete die Sitzung und stellte fest, daß von den 114 Mitgliedern der Fraktion 70 bereits der verfassunggebenden Landesversammlung angezogen haben, während 35 neu gewählt worden sind. Mit Ausnahme der Dorchester waren die Abgeordneten vollständig erschienen.

Es erfolgte zunächst die Wahl des Fraktionsvorstandes, dessen Stärke auf sieben Personen festgesetzt wurde. Zum ersten Vorsitzenden wurde Genosse Giering einstimmig wiedergewählt, zum zweiten Vorsitzenden der Genosse Simbrich-Sitten. Der bisherige zweite Vorsitzende der Landesversammlung, Genosse Hauschild, hatte eine Wiederwahl abgelehnt. Zu 70 Mitgliedern wurde gewählt die Genossen Bartels, Schödlitz, Gieseler und Genossin Käster, zum Fraktionssekretär Genosse Seiler.

Auf Antrag des Genossen Heimann wurde mit Rücksicht auf die noch ungelöste Frage der Regierungsbeteiligung beschlossen, die Wahl zunächst nur als provisorische für die nächsten vier Wochen gelten zu lassen.

Die Fraktion beschloß einstimmig, für die Präsidentenwahl dem Genossen Keiner als Kandidaten zu präsentieren. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten trat dann die Fraktion in die Erörterung der Regierungsfrage ein. Die Aussprache über diese Frage ergab große Einmütigkeit. Der Standpunkt der Fraktion wurde in folgender Entscheidung präzisiert:

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags ist bereit, die alte Regierungsfraktion fortzusetzen und Lini einmütig die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung ab. Ebenso einmütig lehnt die sozialdemokratische Fraktion ab, irgendeine bürgerliche Minderheitsregierung zu unterstützen; sie würde vielmehr eine solche mit aller gebotenen scharfen Schärfe bekämpfen.

Die Regierungsbildung in Preußen verzögert sich. Berlin, 10. März. Die interfraktionellen Beziehungen über die Regierungsbildung in Preußen führten zu keiner Einigung. Die Sozialdemokraten wollen Wiederherstellung der alten Koalition, während Demokraten und Zentrum den Eintritt der Deutschen Volkspartei für unbedingt erforderlich halten, was die Sozialdemokraten zugeben ablehnen. Die endgültige Bildung einer neuen Koalition dürfte sich bis Oetern hingziehen.

### Landtagsdebatten in Göttingen.

Bei der Landtagswahl im Freistaat Göttingen erhielten die Sozialdemokraten 17 Stimmen (Deutschnationale, 11, Kommunisten, 6).

Deutsche Volkspartei, Bauernbund und Demokraten) 41 815, die Sozialdemokraten 4286, Unabhängigen 8807, die Kommunisten 24 707 Stimmen. Bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 wurden abgelehnt für die Sozialdemokraten 8638, Unabhängigen 41 815, Kommunisten 2884, Demokraten 7030, Zentrum 409, deutsche Volkspartei 10 807, Deutschnationalen 27 101 (unter diesen 21 738 für die landwirtschaftliche Berufsvereinigungen), Kommunisten und Unabhängigen zusammen verlor also 11 625 Stimmen, während die Sozialdemokraten, die in der linksradikalen Hochburg einen schweren Stand haben, 654 gewonnen, die Bürgerlichen aber 8988 einbüßten.

### Beschlagnahme Waffen.

Berlin, 9. März. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die Einweisung beträgt der Zugang an beschlaggenommenen Waffen im Monat Februar:

- 4 Gewehre, 13 191 Gewehre, 1 077 Pistolen, 4 219 Handgranaten.

Von den angemeldeten Waffen der Organisationen sind bisher 484 936 Gewehre eingezogen.

### Die Lage in Rußland.

Rußland wird wieder einmal von schweren inneren Kämpfen erschüttert. Es ist ja auch nicht anders möglich in einem Lande, in dem man einer friedlichen Entwicklung prinzipiell den Lebensabend abschießt. Daß die Kämpfe von größerer Umjange sind, erhellt man daraus, daß sie nach und nach schon von der bolschewistischen Regierung indirekt zugegeben werden, indem man darüber berichtet. Vor einigen Tagen wurden sie einfach noch geleugnet. Damals wurden alle Vorgänge in Rußland von den offiziellen Nachrichten als harmlose, friedliche Demonstrationen dargestellt, die sich aus der Lebensmittel- und Transportfrage erklären. Im dem Sinne waren auch alle Auslassungen der kommunistischen Blätter in Deutschland gehalten. Jetzt berichten sie aber selbst in anderem Sinne. Es ist es auch nur um die vollständige Unterdrückung der Aufstände in Kronstadt und Petersburg zu melden, der Aufstände, die sie ein paar Tage vorher noch abgelehnt. Doch scheinen die Nachrichten über die Niederlage von Kronstadt noch vorsichtig zu sein. In Petersburg wird noch gekämpft und Kronstadt ist noch fest in der Hand der Matrosen unter Führung Koswostis. Trotz ist mit der militärischen Leitung der Operationen gegen Petersburg und Kronstadt betraut. Man erhofft aus dieser Nachricht, welche große Bedeutung diesem Aufhebungsversuch das bolschewistische Regiment von den russischen Nachrichten selbst zugegeben wird.

Helsingfors, 10. März. (W. S.). Die Sowjetregierung verurteilt die Gegenrevolution im Blut zu erlösen. Massenmord und Einziehung des Eigentums der Bauern, die der Einziehung nicht folgen, sind an der Tagesordnung. Die jungen Bauern leisten offenen Widerstand. Die Delegationen nehmen zu, aus Furcht vor der Bevölkerung. Krasnaja Gorka ist zu den Unabhängigen übergegangen. Die Garnison Pskow weigerte sich, gegen Kronstadt zu gehen. Eine sinnlose bolschewistische Kompagnie wurde bei Uoberfretung des Eises zerstört.

Kopenhagen, 10. März. Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge hat das Artillerieregiment in Kronstadt vorgezogen abends nach 9 Uhr wieder zugezogen. Es wurde mit schwerer Artillerie gestossen. Im Laufe des Montags wurde in Kronstadt ein Anzahl Personen getötet. Nach glaubwürdigen Meldungen aus Leningrad ist die Stellung Krasnaja Gorka in den Händen der Bolschewisten. Die Meldung, daß eine sinnlose bolschewistische Kompagnie während des Verlustes, über das Eis zu gelangen, vernichtet wurde, bestätigt sich.

### Keine Betriebsräte in Lugenburg.

Köln, 9. März. Wie die „Köln. Ztg.“ aus Lugenburg meldet, hat die bürgerliche Regierung auf Bestehen Preistrichs und Belgiens ihren Entschluß vom 8. Oktob. r für die Errichtung von Arbeiterausschüssen (Betriebsräten) in gewerblichen Betrieben widerrufen. Die Arbeiterverbände haben darauf die Verhandlungen mit der Regierung abgebrochen. Die Auslandslage bleibt unverändert.

### Hochverräter und Ehrabnehmer.

Nach vierjähriger Verhinderung hat am Montag das Landgericht Schwelm den Grafen Siegfried von Woltke, den Redaktor der deutschnationalen „Meidener Nachrichten“, wegen Verrats gegen das Polizeiregiment Lange zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Prozeß führte in die Kapp-Tage zurück. Oberst Lange hat damals, wie erinnert, sich räuberisch auf seinen der Verfassung und der Republik gestellt und ist mit der Waffe für sie eingetreten. Seitdem duriert eine fürchterliche Hege aller Reaktionen gegen Oberst Lange, an deren Spitze Graf Woltke hand. Gerade dieser Mann, der selber sich den Kapp-Stellen beim Kommando und Wendenhausen als Vorkämpfer zur Verfügung gestellt, also auch am Hochverrat mizewirkt hatte und nur wegen der seltenen Amnestieauslegung des Reichsgerichts nicht bestraft werden konnte, gerade er hatte die treue Stimm, den Obersten Lange des Hochverrats in mehreren Sitzungsartikeln zu beschuldigen! Weil Oberst Lange die Regierung beschuldigt hatte, behauptete Graf Woltke, er hätte auf einen Vintpusch hingearbeitet. Ferner machte er Lange den Vorwurf, daß er seine Offiziere bespöttelt habe.

In d. r. Beweisaufnahme brach der Vorwurf des Hochverrats vollkommen zusammen. Bezüglich der Frage der Bespöttelung sagten zwar ein paar ehemalige Offiziere, ausweislich Grundes des Angeklagten und jehige Zeiter, von Lagegruppen usw., aus, daß sie sich überaus wohl gefühlt hätten, doch waren auch diese Aussagen mibedeutig. Der Gericht hat schließlich zur Erkenntnis, daß in beiden Punkten der Beweisaufnahme nicht genügt ist und verurteilt den Grafen Woltke zu 2000 Mk. Geldstrafe. Interessant war auch hier wieder des Veralteten des Staatsanwalts, der den Prozeß in einer Instanz bereits durch seine Passivität verloren hatte und auch in zweiter Instanz ist auch dem Vertreter des Obersten Lange überflüssig, der sich inzwischen als Nebenkläger dem Verfahren angeschlossen hatte.

Sowenfalls hat der Prozeß erwiesen, daß der hochadelige Graf von Woltke als Hochverräter dreist genug ist, andere verleumdend des Hochverrats zu beschuldigen. Mit dem Grafen Herzberg-Dolm, dem Freiherrn von Stinnes-Dachau usw. wird er demnach einen deutschnationalen obigen Ehrabnehmerdienst aufmachen können.

### Die Zusammenfassung der Provinziallandtage.

Den 7. U. R. geht folgende vorläufige amtliche Ergebnis der Arbeiten zu den preussischen Provinziallandtagen vom 20. Februar zu:

- 1. Provinz Ostpreußen: 28 Deutschnationale, 12 Deutsche Volkspartei, 8 Zentrum, 6 Demokraten, 20 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige, 6 Kommunisten, 1 Pole, zusammen 88 Abgeordnete.
- 2. Provinz Brandenburg: 15 Bürgerliche Vereinigung, 18 Deutschnationale, 11 Deutsche Volkspartei, 1 Zentrum, 6 Demokraten, 31 Sozialdemokraten, 8 Unabhängige, 3 Kommunisten, 1 Wirtschaftspartei, zusammen 92 Abgeordnete.
- 3. Provinz Pommern: 81 Deutschnationale, 10 Deutsche Volkspartei, 2 Demokraten, 21 Sozialdemokraten, 3 Unabhängige, 2 Kommunisten, 2 Wirtschaftspartei, zusammen 117 Abgeordnete.
- 4. Provinz Niedersachsen: 24 Deutschnationale, 10 Deutsche Volkspartei, 17 Zentrum, 8 Demokraten, 43 Sozialdemokraten, 1 Unabhängige, 2 Kommunisten, 2 Wirtschaftspartei, zusammen 108 Abgeordnete.
- 5. Provinz Sachsen: 11 Deutschnationale, 10 Deutsche Volkspartei, 17 Nationales Ordnungsbund, 5 Zentrum, 11 Demokraten, 2 Landbund, 25 Sozialdemokraten, 12 Unabhängige, 17 Kommunisten, zusammen 110 Abgeordnete.
- 6. Provinz Schleswig-Holstein: Amtliche Angaben fehlen noch; nach Zeitungsmeldungen sind abgelehnt worden 290 000 sozialistische Stimmen, 295 000 nicht sozialistische Stimmen.
- 7. Provinz Hannover: 7 Deutschnationale, 16 Deutsche Volkspartei, 24 Zentrum und Deutsch-Hannoveraner, 5 Demokraten, 13 Bürgerliche ohne Partei, 3 Sozialdemokraten, 3 Unabhängige, 4 Kommunisten, zusammen 109 Abgeordnete.
- 8. Provinz Westfalen: 12 Deutschnationale, 18 Deutsche Volkspartei, 50 Zentrum, 5 Demokraten, 81 Sozialdemokraten, 6 Unabhängige, 10 Kommunisten, 2 Polen, zusammen 184 Abgeordnete.
- 9. Rheinprovinz: 14 Deutschnationale, 1 Arbeitsgemeinschaft (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Demokraten), 73 Zentrum, 1 Christliche Volkspartei, 5 Demokraten, 25 Sozialdemokraten, 6 Unabhängige, 14 Kommunisten, zusammen 159 Abgeordnete.
- 10. Westfalen und Rassel (Kommunallandtag): 2 Deutschnationale, 2 Deutsche Volkspartei, 16 Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, 7 Zentrum, 4 Demokraten, 18 Sozialdemokraten, 1 Unabhängige, 2 Kommunisten, zusammen 52 Abgeordnete.
- 11. Bezirksverband Westfalen (Kommunallandtag): 7 Deutschnationale, 11 Deutsche Volkspartei, 13 Zentrum, 6 Demokraten, 18 Sozialdemokraten, 3 Unabhängige, 2 Kommunisten, 1 Kaffee Landwirt, zusammen 61 Abgeordnete.
- 12. Provinz Silesien (Provinziallandtag und Kommunallandtag Rassel und Kommunallandtag Westfalen): 9 Deutschnationale, 13 Deutsche Volkspartei, 16 Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, 20 Zentrum, 10 Demokraten, 36 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige, 4 Kommunisten, 1 Kaffee Landwirt, zusammen 118 Abgeordnete.

### Notizen.

Der „Vorwärts“ schreibt: Die „rote Fahne“ hatte im Hinblick auf die letzte Reichstagsrede des Unabhängigen Dr. Ruchel Brecht die Frage erhoben: „Wir fragen jeden hier denkenden Arbeiter: „Rann ein fähiger Agent des Ententeimperiums anders reden als Herr Brecht?“

Die „Freiheit“ erwidert darauf mit folgender Gegenfrage: „Wir aber fragen jeden hier denkenden Arbeiter: Rann ein fähiger Agent der deutschen Schamerlinie anders schreiben als dieser Mitarbeiter der „roten Fahne“?

Ein bekannter Bekleidende erklärt uns aus aufstrebend, die beiden Fragen zu beantworten. Wir überlassen vielmehr unseren Lesern das Urteil — über die Fragesteller!

Georg Müller verurteilt! Rann hat Elob George den Prozeß der Gewerkschaftsinteraktion gegen die Pariser Gewerkschaft durch eine Hohezeit an die „holländische Gewerkschaft“ beantwortet, da folgt auch schon der zweite Streik: Herr de Bond hat den Internationalen Gewerkschaftsleiter Genossen Goulsen, dem englischen Trades-Unions-Führer und Abgeordneten Goulsen und dem Vorsitzenden des französischen Gewerkschaftsbundes Genossen Jouhaux die Einzelverurteilung nach Oberflächlich verweigert.

In der Welt am Montag“ schreibt S. v. Gerlach: „Ich hätte es für möglich gehalten, wenn S. v. Gerlach sich statt von General v. Seckl von Rast. Kaustiz hätte nach London begleiten lassen.“ Es hätte vielleicht schon genügt, daß letzterer allein gefahren wäre. Aber noch besser wäre es gewesen, wenn sich Brand Romeln Holland und Elob George Keynes mitgenommen hätten. Denn auf sie kam es schließlich an.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Gewerkschaften und Wiederaufbau. Paris, 10. März. Der Vermittlungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) ist zum Wiederaufbau gekommen, um Stellung zu der Frage zu nehmen, ob ein Einverständnis zwischen den deutschen und französischen Arbeitern angängig sei, um den Wiederaufbau in die Wege zu leiten.

Schäftsbesorgen durch die Ententepolitik. London, 10. März. Einer Gerach-Meldung aus Amsterdam zufolge hat die holländische Handelsbank sich in Sorge wegen der neuen Krise in der internationalen Politik, da sie eine ernste Schädigung der holländischen Bank zu befürchten, besonders der Robben aufbau aus Deutschland nach Holland zu erwarten.

Rein russisch-englisches Handelsabkommen. London, 10. März. Neuer erzählt, daß es jetzt, da Rassin in den russisch-englischen Handelsabkommen-Entwurf politische Parteien unmöglicher Zeit einfügen will, für äußerst unangenehm gehalten wird, daß das Handelsabkommen unterzeichnet wird.









